Ausgabe für Groß Berlin
Morgenblatt

10 Goldpfennige = 100 Milliarden Papiermark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Donnerstag
22. November 1923

Chefredakteur Professor Dr. Max Lenich, Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 48—49. Fernsprecher: Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags Montags einmal, werktags täglich. Bezugspreis f. d. Woche bis zum 24. November 1,60 Goldmark.

Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Für eingetretene 0,30 Goldmark je 33 mm breite Millimeter-Zeile Gebührenanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

22. 11. m — Nr. 542 — 100 Milliarden — 62. Jahrgang.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

MOTORRADHAUS CENTRUM · BERLIN SW.68 Kochstr. 73 Nat. 5898

Einigung in der Botschafterkonferenz

Die Notentexte in der Kronprinzen- und Kontrollfrage genehmigt.

S. **Paris**, 21. 11. (Eigenbericht.)

Noch bis heute nachmittag 4 Uhr bestanden Zweifel darüber, ob die siebenmal vertagte Sitzung der Botschafterkonferenz noch stattfinden würde oder nicht. Genaue Nachrichten waren darüber nicht zu erhalten. Man sprach von Meinungsverschiedenheiten zwischen London und Paris. London wolle sich zwischen nur zu „Maßregeln", Paris aber gleich zu „Sanktionen" verstehen. Gleichzeitig aber, so hieß es weiter, wolle London einer Sonderaktion Frankreichs auch für die Zukunft vorbeugen. Tatsächlich trafen dann nachmittags 3 Uhr die langerwarteten Instruktionen für Lord Crewe endlich ein, und die Botschafter konnten zur letzten entscheidenden Sitzung kurz vor 6 Uhr zusammentreten. Die Sitzung dauerte bis 6,50 Uhr und endete mit der erwarteten vollständigen Einigung über die Texte der beiden an Deutschland in der Kronprinzen- und Kontrollfrage zu richtenden Noten, deren Wortlaut nach im Laufe des heutigen Tages amtlich veröffentlicht werden wird.

Die Grundlinien der Verständigung.

Paris, 21. 11. (W. T. B.) Havas glaubt mitteilen zu können, daß ein Kompromiß auf der Grundlage der Bedingungen erzielt wurde, die am Montag nacht veröffentlicht wurden. Die militärische Kontrolle in Deutschland solle unverzüglich wieder aufgenommen werden. Die angeführte Havas-Meldung vom Montag besagt, die Konferenz werde sich nicht darauf beschränken, von Deutschland wie in ihren früheren Noten eine Erleichterung für die militärische Kontrolle zu erlangen. Sie werde ihm dieselbe notifizieren, daß die Ausübung des Kontrollrechts einfach in einem sehr neuen Zeitpunkt wiederaufgenommen werde, gleichzeitig weiter Anfrage bei deutschen Behörden seien. Die Kontrollkommission würde unter eigener Verantwortung selbst bestimmen, unter welchen Bedingungen und in welchen Zeitabschnitten sie ihr Mandat ausübe gedenke. Wenn ihr Hindernisse in den Weg gelegt würden, hätte die Kommission die Frage zu prüfen, ob und in welchem Umfange die deutsche Regierung dafür verantwortlich sei. Dann können sich die Alliierten, wenn Anlaß dazu gegeben sei, über die notwendigen Maßregeln für den Fall systematischer Obstruktion von seiten Deutschlands verständigen. Was den deutschen Kronprinzen betreffe, so werde Bayern genommen auf den Thronverzicht, den er am 4. Dezember 1918 ausgesprochen habe, und auf die Erklärung, daß er als gewöhnlicher Bürger nach Deutschland zurückgekehrt sei. Die deutsche Regierung müsse also darüber wachen, daß er kein Versprechen halte und an keiner monarchistischen Agitation sich beteilige.

Französische Auslegungskunst.

Paris, 21. 11. (W. T. B.) Der „Matin" veröffentlicht eine wohl als offiziös zu betrachtende Auslassung über das im April 1920 noch der Besetzung von Frankfurt und Darmstadt vom damaligen Ministerpräsidenten Millerand abgegebene Versprechen, künftig in allen interalliierten Angelegenheiten gemeinsam mit den Alliierten vorzugehen. Dieses Versprechen der französischen Regierung hat bekanntlich bei den Einwendungen Englands gegen die französischen Forderungen in der Lastschlaterkonferenz eine Rolle gespielt. „Matin" behauptet, Millerand habe keineswegs Verpflichtungen übernommen, die ein isoliertes Vorgehen Frankreichs in allen Fällen behindern könnten. Wenn es notwendig sei, eine Angelegenheit wie die Militärkontrolle in Deutschland im gegenseitigen Einvernehmen zu regeln, so liege der Grund darin, daß der Friedensvertrag diese Militärkontrolle zu einer interalliierten Einrichtung gestaltet habe, nicht aber in angeblichen Verpflichtungen der Regierung Millerand. Als es sich hingegen darum handelte, im Anschluß an die von der Reparationskommission gebührend festgestellte Verfehlung Deutschlands Pfänder im Ruhrgebiet in Besitzung zu nehmen, hätte § 18 Anhang 2 Kitchen, 8 des Friedensvertrages Frankreich ermächtigt, auf die allgemeine Zustimmung zu verzichten.

Wie „Echo de Paris" mitteilt, ist es möglich, daß Poincaré in der Kammer eine Auslegung der von Millerand im April 1920 England gegenüber übernommenen Verpflichtungen geben wird.

Amerika hat die Geduld verloren.

Paris, 21. 11. (W. T. B.) Wie „New York Herald" aus Washington meldet, wird der Vorschlag des Senators Smoot, an Frankreich gerichtet Regelung seiner Kriegsschuld bei den Vereinigten Staaten herauszureichen, von der amerikanischen Schuldenzurückzahlungskommission in nächster Zeit angenommen werden. Es werde Mitte Dezember in höchster, aber sicher Form eine entsprechende Aufforderung an die Schuldnerländer ergehen. Staatssekretär Hughes habe den Forderungen des Senators Smoot lange Zeit Widerstand geleistet in der Hoffnung, Frankreich würde vielleicht dem Plan zur Regelung der Reparationsfrage zustimmen. Seit aber der Vorschlag von Hughes selbst, die deutsche Zahlungsfähigkeit durch einen Sachverständigenausschuß abschätzen zu lassen, in sich zusammengeschlossen sei, mache der Staatssekretär generell kein mehr darauf, daß er mit den Abzahlungen Smoots einverstanden sei. Die französische Schuld bei den Vereinigten Staaten beläuft sich mit den rückständigen Zinsen auf etwa 4 Milliarden 850 Millionen Dollar, die nach gegenwärtiger Kurse rund 70 Milliarden 500 Millionen Francs darstellen.

Londoner Markkurs:
1 Pfund: 28 Billionen Mark.

Wie Frankreich die Separatisten unterstützt.

Deutsche Protestnote.

W. T. B. meldet:

Der deutsche Geschäftsträger in Paris, von Hoesch, hat dieser Tage der französischen Regierung folgende weitere Protestnote gegen die Unterstützung der Separatisten in der Pfalz durch die Franzosen übergeben:

„Herr Ministerpräsident!

Unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 10. November d. J. beehre ich mich im Auftrage meiner Regierung Ihrer Exzellenz folgendes zur Kenntnis zu bringen:

Am 5. November und den folgenden Tagen sind in der bayerischen Rheinpfalz in einer Reihe von Städten, darunter Kaiserslautern, Landau, Kirchheimbolanden, Neustadt a. Haardt, öffentliche Gebäude durch von außhärtig angegogene bewaffnete Separatistenbanden besetzt worden. Auch bei diesem neuen aufsehreischen Vorgehen haben die Separatisten bei den französischen Besatzungsbehörden aktive Unterstützung gefunden.

In Speyer durchsuchten in der Nacht vom 3. zum 4. November französische Gendarmen das Postamt und verhafteten die machenschaften Postbeamten. Im Regierungsgebäude daselbst verlangten die französischen Behörden die Beseitigung der dort getroffenen Schutzmaßregeln.

In der Nacht vom 1. zum 2. November haben französische Truppen den deutschen Selbstschutz im Bezirksamt Ludwigshafen aus und verhaftenen ihn.

In Kaiserslautern verhaftete der Delegierte Leiur ausdrücklich das Eindringen der deutschen Polizei gegen die Separatisten. Die Polizei wurde dem französischen Kommando unterstellt. Die räumte das Rathaus, nachdem der Delegierte die Entfernung der Separatisten innerhalb von zwei Stunden ausdrücklich zugesagt hatte.

Diese Zusage wurde trotz wiederholter Vorstellungen nicht gehalten. Auf öffentlichen Gebäuden in Kaiserslautern weht neben der Fahne der Separatisten die französische Trikolore. Bereits am 31. Oktober unstellen französische Truppen das Gebäude der Handwerkerkammer in Kaiserslautern, in dem Frevlinsflage zur Wehr in Bereitschaft lagen. Allen Freiwilligen wurden die Dienstabzeichen abgenommen; sie mußten sich am 3. Nov. wieder beim Delegierten melden, wurden dort verhaftet und mit Lastkraftwagen abbefördert.

In Kirchheimbolanden wurden die deutschen Gendarmerieberamten zum französischen Bezirksamt bestellt. Dem Bürgermeister wurde in seinem Amtszimmer den dort anwesenden Separatistenführer übergeben, der sie entrafften und verhalten ließ. Sie wurden erst abends aus der Haft entlassen, nachdem sie den Delegierten die Zusicherung gegeben hatten, daß sie gegen die Separatisten nichts unternehmen würden. Dem deutschen Postvorsteher in Kirchheimbolanden wurde von und der französische Delegierte die Erklärung ab:

„Wir Franzosen erkennen die neue Regierung der Pfalz an. Sie haben bestimmt die Anordnungen der neuen Regierung ebenso zu befolgen wie die unsrigen."

Der Aufmarsch der Separatisten, die mit Gummiknüppeln, Revolvern und zum Teil mit Gewehren bewaffnet sind, in mitkörischen Formationen wird von den französischen Behörden ebenfalls in keiner Weise behindert wie die Vornahme von Requisitionen.

Die Deutsche Regierung legt gegen die fortgesetzte Unterstützung der Separatistenbanden durch amtliche französische Organe und gegen die Behinderung der deutschen Behörden und Beamten bei der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und der Entsäumung der antistaatlichen Elemente erneut nachdrücklich Verwahrung ein. Sie wiederholt die Forderung, daß den französischen Truppen alsbald Befehl gegeben werde, den völkerrechtlichen und vertragsmäßigen Verpflichtungen der Besatzungsmächte gemäß zu handeln.

Genehmigen Sie, Herr Ministerpräsident, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

ges. Hoesch."

Ludwigshafens „Besetzung" angekündigt.

Mannheim, 21. 11. (W. T. B.) Seitens der Separatisten wurde den Besetzungsamt in Ludwigshafen angekündigt, daß in den nächsten Tagen die „Besetzung" der Stadt durch die Separatisten erfolgen solle. In Pirmasens sind Spahis eingetroffen, wahrscheinlich als Vorboten der demnächst zu erwartenden Separatisten. Bis jetzt ist die Lage in Pirmasens ruhig.

Gesindelstreiche.

ht. **Schwanheim** b. Frankfurt, 20. 11. (Eigenbericht.) An den Straßenbahnen Schwanheims prangte dieser Tage folgendes Plakat:

„Die Rheinische Republik, Ortsion Mossau."

„Da am 16. Nov., mittags 12 Uhr, ein Mitglied der rheinischen Bewegung, namens Peter Bohn, wohnhaft Schönrobenin, Barmerstraße 36, in Frankfurt a. M. von der preußischen Polizei verhaftet wurde, weil er Mitglied der rheinischen Bewegung ist, ergreife ich hiermit folgende Gegenmaßnahmen: Es sind sofort in Offenbach zu bringen und solange zu zuhalten, bis Herr Bohn aus Frankfurt zurückist: 1. Herr Gemeindevorsteher, 2. Herr Gemeindevertreter Estlacke, Verlust: Herr Seetbach, Oberstommandierender der Division Mossau."

Die Separatisten bewegen sich völlig frei und ohne jegliche Einschränkung seitens der französischen Besatzung. Die unternehmen z. B. in voller Waffenausrüstung Feldübungen und stellten sich mit vorgehaltenem Revolver den deutschen Polizeibeamten entgegen. Diese sind infolge eines Schießbefehls des Kreisdirektoriums in Speyer, der Ausbürgerung französischen Gesindel gegenüber machtlos.

Kampf um das Rathaus in Bobendorf

Paris, 21. 11. Meldungen aus Koblenz zufolge haben in Bobendorf 50 Gegner der separatistischen Bewegung das Rathaus zurückerobert und die „rheinische" Fahne entfernt. Separatisten, die aus Kreuznach eintrafen, versuchten die Antiseparatisten. Im ganzen sind zwei Tote und neun Verwundete zu verzeichnen.

Belgien und die rheinischen Volksverräter.

„Niemals wohlwollende Neutralität angeordnet."

Brüssel, 21. 11. (W. T. B.)

In seiner gestrigen Kammerrede, über die bereits berichtet wurde, machte Außenminister Jaspar noch folgende bemerkenswerte Ausführungen: Die Regierung hat niemals wohlwollende Neutralität gegenüber den Sonderbündlern angeordnet. Weder die belgische Regierung noch der Vertreter Belgiens in Aachen haben den Anweisungen einer fremden Regierung obet ihrer Vertreter Folge geleistet.

Dann sprach der Minister noch über die Ernennung von Sachverständigen und über die englisch-amerikanisch-französischen Verhandlungen, wobei er auf die bayerischen Bemühungen Belgiens zur Aufrechterhaltung der westeuropäischen Entente hinwies. Hinsichtlich der Kontrolle über die Entwaffnung Deutschlands sagte er, sie müsse und werde aufrechterhalten werden. Wenn die Reparationsfrage nicht Gegenstand eines Vergleichs für Belgien sein könne, so könne die Sicherheit des Landes Gewährleistung Gegenstand eines Vergleichs oder eines Zugeständnisses sein. Zu dem Leipziger Zwischenfall bemerkte Jaspar, er werde gegebenenfalls strenge „Sanktionen" verlangen. Hinsichtlich der Angelegenheit Graf habe Belgien dem Deutschen Reiche mitgeteilt, daß Belgien, wenn die gesschuldete Summe nicht bis zum 25. November bezahlt sei, sich selbst in den besetzten Gebieten bezahlt machen werde. Die entsprechenden Befehle seien gegeben und würden ausgeführt werden.

Kriegslasten- und Reparationskommission.

S. **Paris**, 21. 11. (Eigenbericht.) Die Kriegslastenkommission hat der Reparationskommission heute eine Note übermittelt, in der sie Mitteilung macht von dem augenblicklichen Stand der Arbeitswiederaufnahme im besetzten Gebiet sowie von dem Scheitern der Verhandlungen zwischen dem Bergbauverein und der Micum.

Pétains Aufgabe in Düsseldorf.

Paris, 21. 11. (W. T. B.) Die Aufgabe des Marschalls Pétain, der, wie bereits gemeldet wurde, nach Düsseldorf entsandt worden ist, besteht, wie „Echo de Paris" mitteilt, darin, sich vom dem Zustand der französischen Truppen und über diejenigen Maßregeln, die bereits ergriffen worden sind, um jeder Möglichkeit vorzubeugen", ein Bild zu machen.

Zusammenbrechen des französischen Bergarbeiterstreiks.

S. **Paris**, 21. 11. (Eigenbericht.) Der französische Bergarbeiterstreik bricht immer mehr zusammen. In Lille erfolgte die fast restlose Wiederaufnahme der Arbeit. Gestreikt wird noch in einen Teilen des Lorre-Gebiet. Saint-Etienne wird gemeldet, daß dort noch etwa 3000 streikende Bergarbeiter zu verzeichnen sind. In den anderen Gebieten, hauptsächlich in denen von Alès und von Gard brach der Streik fast völlig zusammen.

Der Inhalt des Fiumeabkommens.

S. **Paris**, 21. 11. (Eigenbericht.) Der „Temps" meldet aus Belgrad, daß das Fiume-Abkommen zwischen Italien und Jugoslawien auf folgender Grundlage erzielt worden sei: Die italienische Regierung billigt Jugoslawien den Kleinen Hafen von Delta und einige Teile von Port Baros zu. Diese Konzession wird auf 99 Jahre Jugoslawien überlassen. Italien verpflichtet sich außerdem, im Hafen von Fiume Jugoslawien eine Freizone einzuräumen. Jugoslawien erkennt dafür den gegenwärtigen Zustand in Fiume an, aber mit andern Worten: es erkennt an, daß Fiume unter italienische Verwaltung kommt.

Wahlsieg der bulgarischen Regierungskoalition.

Sofia, 21. 11. (W. T. B.) Nach den endgültigen Ergebnissen der Parlamentswahlen erhielten die Regierungskoalition 201, die Nationalliberalen 7 Mandate. Auf die gemeinsame Liste der Agrarier und Kommunisten entfielen 39 Mandate. Die neue Kammer dürfte Anfang Dezember einberufen werden.

Blutige Zwischenfälle beim türkischen Eisenbahnerstreik.

Konstantinopel, 21. 11. Der Eisenbahnerstreik hat eine ernste Wendung genommen. Es kam zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Streikenden und den Truppen. In Eskischehir Bourgas haben die Streikenden die Geleise aufgerissen, der Verkehr mußte auf der ganzen Linie eingestellt werden.

S. **Paris**, 21. 11. (Eigenbericht.) Der Simplon-Orientexpreß ist nach einer Konstantinopeler Meldung des „Temps" bei Adrianopel angehalten worden, weil die streikenden Eisenbahnarbeiter die Adrabrücke zerstört haben sollen. Im Laufe des Dienstags ist kein einziger Zug von Arianopel abgelassen worden.

Worowskis Ermordung und die Schweiz.

Basel, 21. 11. (T. U.) Der Schweizer Bundesrat hat beschlossen, den Mitunterzeichnern des Lausanderprogs. Polonia, der russischen Staatsangehörigen ist, aus dem Gebiet der Schweiz auszuweisen. Solle kein Land ihm die Erlaubnis erteilen, sich auf seinem Boden niederzulassen, so soll er in der Schweiz interniert werden.

Seipels Regierungsprogramm.

Der Zug nach rechts. — Föderative Innenpolitik. — Notwendigkeit des Bestehens des österreichischen Staates

Wien, 21. 11. (W. T. B.)

Der neugewählte Nationalrat hat gestern seine konstituierende Sitzung abgehalten. Zu Präsidenten wurden der Christlich-Soziale Miklas, der Sozialdemokrat Ellenbogen und der Großdeutsche Dinghofer gewählt.

Nach der Konstituierung des Hauses machte der Präsident Mitteilung von der formellen Demission der Regierung, die nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung dem Vorsitzig des Hauptausschusses entsprechend mit den Stimmen sämtlicher bürgerlichen Abgeordneten gegen die der Sozialdemokraten wiedergebildet wurde. Die Erklärung des Bundeskanzlers Seipel, daß die Regierung die Wahl annehme, wurde von den Mehrheitsparteien mit stürmischen Hochrufen aufgenommen.

Unter großer Aufmerksamkeit des Hauses ergreift Bundeskanzler Dr. Seipel das Wort zur

Entwicklung des Regierungsprogramms.

Er erklärte u. a.: Unsere Freiheit ist größer, als sie nach der einen Staaten, die das Schicksal, denselben Weg zu gehen, den wir gegangen sind. Wir wünschen diesen Staaten, die das Schicksal, daß wir leidvoll erleben, nicht schreck, sondern lach, um so mehr Erfolg, als sie uns national, geschichtlich und geographisch nahestehen. Wir danken Gott, daß wir den anderen um ein Jahr voraus sind. (Zustimmung.) Ein Zeichen unserer Konsolidierung ist es, daß solche Leute, die früher, sei es in staatsrechtlichen oder in anderen Beziehungen einen anderen Standpunkt eingenommen haben, in das konservative Lager eingezogen sind. Dies bedeutet also auch eine Stärkung unserer Demokratie. Ein weiteres Zeichen der Konsolidierung ist auch, daß die österreichischen Bundesländer fester zusammenhalten denn je. Die Länder werden dem Bunde um so treuer sein, je gemütlicher wir ihre Rechte anerkennen und je mehr wir selbst uns zum föderalistischen Gedanken bekennen.

Der Bürgerkrieg, in den, wie viele fürchten, das Deutsche Reich oder einige seiner Teile zu sinken droht, lassen Gott sei Dank noch erfreuliches Aufflammen wir in der nächsten Nachbarschaft mit erleben, wird, nach dieser ersten Probe zu urteilen, nicht zu uns herüberschlagen. Daß sein Versuch, Oesterreich in den

bayerischen Putsch

hineinzuziehen, gemacht wurde, daß alle in dieser Hinsicht gehegten Befürchtungen sich als gegenstandslos erwiesen, ist auch ein Zeichen, wie sehr Einsicht, Ruhe und Selbstbeherrschung bei uns wieder eingekehrt sind.

Der Weg zur Sanierung unseres Staatshaushalts, den wir eingeschlagen haben, muß bis zum erfolgreichen Ende gegangen werden. Hiermit wird unsere ganze Politik mitbestimmt sein. Einen integrierenden Bestandteil unseres Wiederaufbaus bildet unsere Außenpolitik. Zwei grundlegende Erkenntnisse haben wir dem Ausland zu vermitteln und haben immer mehr zu vertiefen, daß wir eine nach allen Seiten hin loyale und durchaus friedliche Politik zu machen wünschen und daß hier Erhaltung Oesterreichs eine Notwendigkeit für den europäischen Frieden ist.

Leider wird es uns durchaus nicht immer leicht gemacht, jenen, die uns als Staat sicher wollen und dies auch praktisch betätigen, ein freundliches Gesicht zu zeigen. Beim Friedensschluß wurden fast auf allen Seiten die Grenzen unseres Staates durch das lebendige Fleisch unsers Volkes gezogen. Daß das österreichische Volk die Klagen seiner Blutsverwandten im Deutschen Reich und in Italien nicht hört oder darauf nicht einmal in Wort und Schrift antwortet, das kann man füglich nicht erwarten.

Die Sozialdemokraten brachten darauf den bereits gemeldeten Antrag ein, daß die Republik Oesterreich 10 Milliarden Kronen für die Notleidenden in Deutschland dem Reichspräsidenten Ebert zur Verfügung stelle. In der Begründung des Antrags wird auf das Gefühl innigsten Verbundenseins der Deutschen Oesterreichs mit den Brüdern im Reich und auf deren wertvolle Hilfe, die sie in schwerster Zeit der jungen Republik Deutsch-Oesterreich gewährten, verwiesen.

Ruhlands ablehnende Stellung zum Völkerbund.

Moskau, 21. 11. (W. T. B.) Am 11. 11. richtete der Vorsitzende des Rates des Völkerbundes Nansen ein Telegramm an den Tschitscherin, worin er der Sowjetregierung vorschlägt, Vertreter zur Internationalen Konferenz und Transitkonferenz in Genf am 15. November zu entsenden. In seinem Antwortelegramm erinnert Tritscherin daran, daß die Sowjetdelegation auf der Pariser Tagung des Internationalen Eisenbahnbundes eine negative Einstellung der Sowjetregierung zur Kontrolle und Leitung seitens des Völkerbundes in Angelegenheiten des internationalen Verkehrs bekannt gab, da der Völkerbund ein politisches Organ, das die Völkergleichheit nicht wahrt, und ein Mittel zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der Koalition der Großmächte darstellt. Die Sowjetdelegation erklärte ebenfalls, der Entwurf der Internationalen Eisenbahnkonvention sehe die Anerkennung des Versailler Friedensvertrages voraus, was nach wie vor für die Sowjetregierung unannehmbar sei. Abgesehen von diesem prinzipiellen Standpunkt wäre es für die Sowjetregierung unmöglich, Vertreter zu einer am 15. 11. stattfindenden Konferenz auf Grund einer am 11. 11. erhaltenen Einladung zu entsenden. Die Sowjetregierung könne aus diesem Grunde die Einladung des Völkerbundes nicht annehmen.

Vor der Entscheidung

Gerüchte, aber kein Plan.

Reichskanzler Dr. Stresemann, der nicht, wie Gerüchte schon wissen wollten, zu Anleihebeverhandlungen nach Holland gefahren ist, empfing am Auftrag des Führer der den Kabinett bestehenden Parteien zu einer Besprechung. Die Teilnehmer gewannen darauf den Eindruck, daß das Kabinett nicht auf eine Mehrheit im Parlament werde rechnen können. Sollte die heutige Sitzung nicht durch neue Zwischenfälle verbindert werden, so ist damit zu rechnen, daß das Schicksal des Kabinetts Stresemann bereits in den Stunden des heutigen Abends seiner Klärung zugeführt wird.

Ueber die Nachfolgefrage verlautet noch nichts Bestimmtes, da die Dispositionen zunächst in der Hand des Reichspräsidenten liegen. Ob er versuchen will, wie behauptet wird, eine Koalition zustande zu bringen, die Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten umfaßt, sei dahingestellt. Aber es scheint uns sicher, daß eine solche Kombination gar nicht auf die Beine zu bringen wäre oder anderenfalls in kurzer Zeit scheitern müßte. Auch der dringend notwendige Ausgleich mit Bayern wäre auf diese Weise nicht zu leisten. Wenn weiter behauptet wird, daß der als Kanzlerkandidat für diese kleine Koalition geltende Staatspräsident Dr. Hieber besonderes Vertrauen in Bayern genösse, so ist das nach unserer Kenntnis der Dinge unzutreffend.

Die einzig mögliche Lösung ist, wie wir bereits gestern im Anschluß an die Rede Dr. Dergos ausführten, eine Umbildung aller bürgerlichen Schichten einschließlich der Landwirtschaft. Aus diesen Kreisen werden zwar schon einzelne Kandidaten genannt, wie Mollwitz, Horner, Neumann und Stegerwald, aber ein bestimmter Plan scheint noch nicht vorzuliegen.

Graf Westarp für eine Diktatur.

Schlawe, 21. 11. (T. U.) Auf einem Kreisparteitag der deutschnationalen Volkspartei erklärte Reichstagsvizepräsident Graf Westarp u. a.: Die in den Dreck gelaufene Karre kann heute keine Parteiregierung aber Koalition mehr herausbringen. Das kann nur noch eine Regierung mit diktatorischer Vollmacht. Wie sie äußerlich kommen wird, darüber hier Näheres zu sagen, ist nicht der Ort. Das aber verlieren ich, wir haben das Ziel fest im Auge. Die politischen Mittel zu unserm Ziel, der Regierung mit diktatorischen Vollmachten zu kommen, auszuwählen, müssen Sei uns überlassen.

*

Die dem Zentrum nahestehenden Windhorst-Bünde hielten gestern im Alten Herrenhaus eine öffentliche Versammlung ab, die sehr stark besucht war. Als Redner sprachen der Vorsitzende der Windhorstgesellschaft des Zentrums Dr. Marx und die Minister Dr. Hölle und Hirtsiefer. Demetrenkstreit war ein Tag in der Rede des Reichsministers Hölle, worin er sich in scharfer Form gegen eine parlamentarische Verbindung mit den Deutschnationalen zur Ueberwahme der Regierungsgewalt im Reiche aussprach.

Norwegische Hilfsaktion für Deutschland.

hem. **Hamburg**, 21. 11. (Eigenbericht.) Nachrichten der letzten Zeit über die katastrophal wachsende Not in Deutschland haben der norwegischen Hilfsaktion neuen Antrieb gegeben. Unter der Führung bekannter Persönlichkeiten hat sich ein norwegisches Zentralkomitee gebildet, dem sich im ganzen Lande zahlreiche Ausschüsse angeschlossen haben. Schulen und Vereine erstellen Sammelkisten, die sämtlich bisher 28 000 und 23 000 Kronen für die Hilfsaktion. Täglich laufen annähernd 10 000 Kronen ein. Zahlreiche weitere Naturalspenden stellten. Die erste Sendung überbrainst Eilef Ringes, der gestern Christiania verlassen hat.

Verlängerung der Schweizer Einfuhrbeschränkungen.

Basel, 21. 11. (T. U.) Der Schweizer Bundesrat hat die zurzeit geltenden Einfuhrbeschränkungen bis zum 31. März 1925 verlängert.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

	21. 11.	20. 11.		21. 11.	20. 11.
Tägl. Geld	4½%	4½%	Brlanc.	—	—
Berlin 20 Tr.	20 Milliarden	20 Tr.	Amsterd.	37,03	37,55
ohne Gar.	—	—	Zürich	—	—
sichtgirat.	—	—	Kopenh.	17,28	17,15
Lond.	4,35	4,35	Prag	2,92	2,90
Kabel Tr.	4,38,00	4,32,75	Madrid	—	—,—
Lond. Sicht	4,24,75	4,29,75	Athen	—	—,—
Paris	5,47	5,34	Wien	64¼	63¼

New York, Produktenmarkt.

	21. 11.	20. 11.		21. 11.	20. 11.
Kaffee Santos	11,00	11,00	Mais	20,50	20,50
„ Rio	9,63	9,5	Schmalz	9,50	9,45
„ Mäßig.	8,47	8,46	Schweinsl.	14,90	14,90
„ Kol.	8,12	8,06	Talg	8½	8½
Zucker	7,09	7,04	Bac. Sauerkl.	11,50	11,70
„ Rohz.	7,74	7,69	Ind.	11,15	11,71
Kupfer	15,90	15,35	Petr. Scan.	16,90	16,90
„ Lok.	35,35	34,75	„ Amer.	7,00	7,00
Zinn	35,45	34,90	„ Rang.	11,05	11,70
„ Lok.	34,86	34,35	Baumwolle	2,60	2,60
Blei	35,00	34,65	Weizen	5,53	5,47
Zinkblende	37,00	55,00	Mehl	4,52	4,45
Eisenbahn	13½	13½	Tarpentin	94,00	95,00
Gummi	6,62	6,62	„ Lok.	87,50	87,50
Zucker	6,27	6,32	Kaffee	34,75	34,25

	21. 11.	20. 11.		21. 11.	20. 11.
Chicago, Weiz.	119½	119½	Prod. Ia.	5,25-5,75	5,25-5,75
Kartoffeln	1,10-1,25	1,10-1,25	Schmalz	9,40-9,60	9,40-9,60
Kaffee	9¾	9¾	Zucker	14 cts.	14 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

	21. 11.	20. 11.		21. 11.	20. 11.
Weizen Dez.	1,01½	1,03	Hygrade Sch.	9,50	9,42½
Mais Dez.	78	78¾	Chicago Schw.	9,25	9,25
„ Mai	72¾	72¾	Schweine	10,25	10,25
Hafer Dez.	42½	42½	Schweine, Packer	6,70	6,55
„ Mai	44¼	44	Schweine, Packer	7,20	7,05
Roggen Dez.	68½	68	Schweine, Packer	7,00	7,00
„ Mai	73½	73	Schweine, Packer	7,00	44,000
Schmalz Dez.	11,97½	11,95	Schweine	168 000	162 000
„ Mai	11,62½	11,77½			

Die Säuberung Sachsens.

Zeigner verhaftet.

Zum Leipziger Unterschlagungsprozeß abgeschlossen.

Sd. **Dresden**, 21. 11. (Eigenbericht.) Wie ich erfahre, ist auf Veranlassung des Oberstaatsanwalts in Leipzig der frühere Ministerpräsident Dr. Zeigner heute in Dresden verhaftet und dem Leipziger Untersuchungsgefängnis zugeführt worden. Daß Verdunkelungsgefahr vorlag, ist ganz zweifellos. Zudem hatte man hier das peinliche Gefühl, daß allerhand Akten um Zeigner herum, den Zutheilung in sehr bedenklicher Weise zu verwirren.

Die Umformung der sächsischen Polizei.

Sd. **Dresden**, 21. 11. (Eigenbericht.) Wie wir von Fachmännern erfahren, sind die Militärbeschlüsse für Sachsen eine Umstellung der sächsischen Landespolizei auf überparteiliche Grundlage, um sie wieder zu einem zuverlässigen Staatsinstrument zu machen. Diese Umbildung wird mit erheblicher Härte und Schnelligkeit in die Tat umgesetzt. Gegeben ist eine ganze Reihe besonderer Beauter der Landespolizei bis auf weiteres ihres Dienstes enthoben worden. Darunter befindet sich der Polizeipräsident von Dresden, Menke, der Polizeimajor Kmesch und der kommunistische Polizeihauptmann Schwiedenbach. Ferner sind aus der Landeszentrale der Polizei folgende Oberkommissare ihres Dienstes enthoben worden: Miersch, Dechnichen und Rudolf, in Chemnitz Regierungsrat und Zivilkommissar Westfälinger, außerdem in ein Zivilkommissar in Plauen, Zwickau, Bautzen und Zittau, und in Leipzig. Daß die Zivilkommissare eine besonders berüchtigte Tätigkeit ausgeübt haben, haben wir bereits mehrmals gemeldet. Nach Beseitigung dieser Leute dürfte es in der Tat gelingen, auch der sächsischen Landespolizei wieder ein zuverlässiges Instrument zu machen.

Auflösung proletarischer Hundertschaften.

Am Mittwoch mittag gegen 12 Uhr erfuhr die Wilmersdorfer Polizei, daß in der Nähe von Paulsborn im Grunewald proletarische Hundertschaften Uebungen abhielten. Es wurde sofort ein Trupp der ersten Wilmersdorfer Bereitschaft der Schutzpolizei dorthin entsandt. Die Beamten, die sich auf Kraftwagen näherten, bemerkten etwa 200 Personen in einem geschlossenen Zug. Besonders Radfahrer schienen die Teilnehmer gestarrt zu haben; der Zug löste sich plötzlich auf und die Teilnehmer verteilten sich nach allen Richtungen. Da sie auf wiederholten Zuruf nicht stehen blieben, ab einer der Beamten einen Schreckschuß ab, worauf etwa 3 Personen festgenommen werden konnten. Man fand bei ihnen fünf Schlagringe, eine Sammelliste für den kommunistischen Kampfsport, Flugblätter, Beitrittserklärungen, einen Aufruf der Arbeiterjugend Schöneberg und anderes mehr. Die Personenmenge, die bisher verschwand, sich an der Bildung verbotener Hundertschaften beteiligt zu haben, und wurden der Abtlg. IA des Polizeipräsidiums zugeführt.

Der Reichsindex.

Steigerung um 280,3 Proz.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag, den 19. November, auf das 831 milliardenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche 218,5 Milliarden) beträgt demnach 280,3 Proz.

Der Achtstundentag.

Sozialdemokratischer Antrag auf Wiedereinführung der Demobilmachungsverordnung.

Die Reichstagsfraktion der V. S. P. D. hat folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung aufzufordern, die Demobilmachungsverordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 nebst der ergänzenden Anordnung vom 17. Dezember 1918 und die Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten vom 18. März 1919 sofort wieder in Kraft zu setzen.

Vorläufiges amtliches Ergebnis der Danziger Wahlen.

Danzig, 21. 11. (T. U.) Gestern ist vom Wahlleiter ein vorläufiges amtliches Ergebnis festgestellt worden, das bei der in diesen Tagen erfolgenden Nachprüfung durch den Wahlausschuß zwar eine Korrektur erfahren kann, sicherlich aber bezüglich der Anzahl der Mandate Aufsprach auf endgültigen Charakter haben dürfte. Nach diesem Resultat verteilen sich die Stimmen und Mandate wie folgt: Deutschnationale 44 468 Stimmen (38 Mandate), Vereinigte Sozialisten 32 771 Stimmen (30 Mandate), Zentrum 21 021 Stimmen (17 Mandate), Kommunisten 14 979 Stimmen (11 Mandate), Deutsche Partei 11 117 Stim